

Struktureller Antifeminismus auf kommunaler Ebene / in Kommunalpolitik

Wie gehe ich damit um? Welche rechtlichen Möglichkeiten habe ich?

Forum – 29. Bundeskonferenz

19. Mai 2026

Referentin: Janika Kunz, Rechtsanwältin

Agenda

- ✓ Begrüßung + Vorstellung
- ✓ Einstieg
 - Kurze Einordnung: Was ist mit strukturellem Antifeminismus auf kommunaler Ebene bzw. in Kommunalpolitik gemeint?
- ✓ Rechtliche Grundlagen
 - Verfassungsrecht
 - Landesgleichstellungsgesetze
 - Kommunalrecht

Agenda

- ✓ Rechtliche Handlungsmöglichkeiten bei
 - Verletzung der Rechte der Gleichstellungsbeauftragten
 - Dienststelleninterne Entscheidungen, die gegen gleichstellungsrechtliche Vorgaben verstoßen / Frauen benachteiligen
 - Politische Entscheidungen / Beschlüsse, die keinen Raum für Gleichstellungsthemen lassen, gegen gleichstellungsrechtliche Vorgaben verstoßen, Frauen benachteiligen
- ✓ Mini-Fälle für Austausch und Diskussion
- ✓ Abschlussrunde
 - Zusammenfassung
 - Fragen
 - Fazit

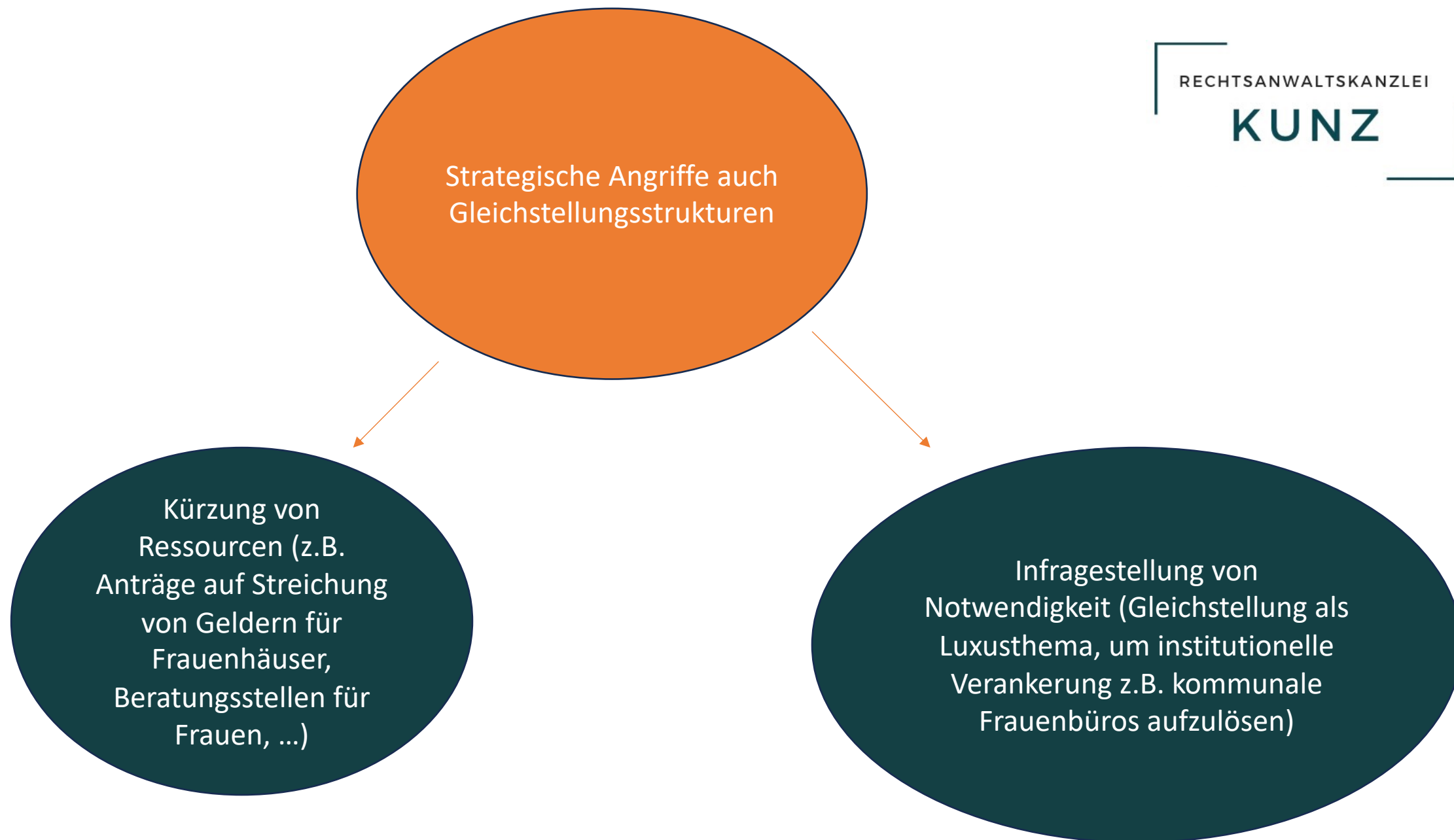
Begrüßung

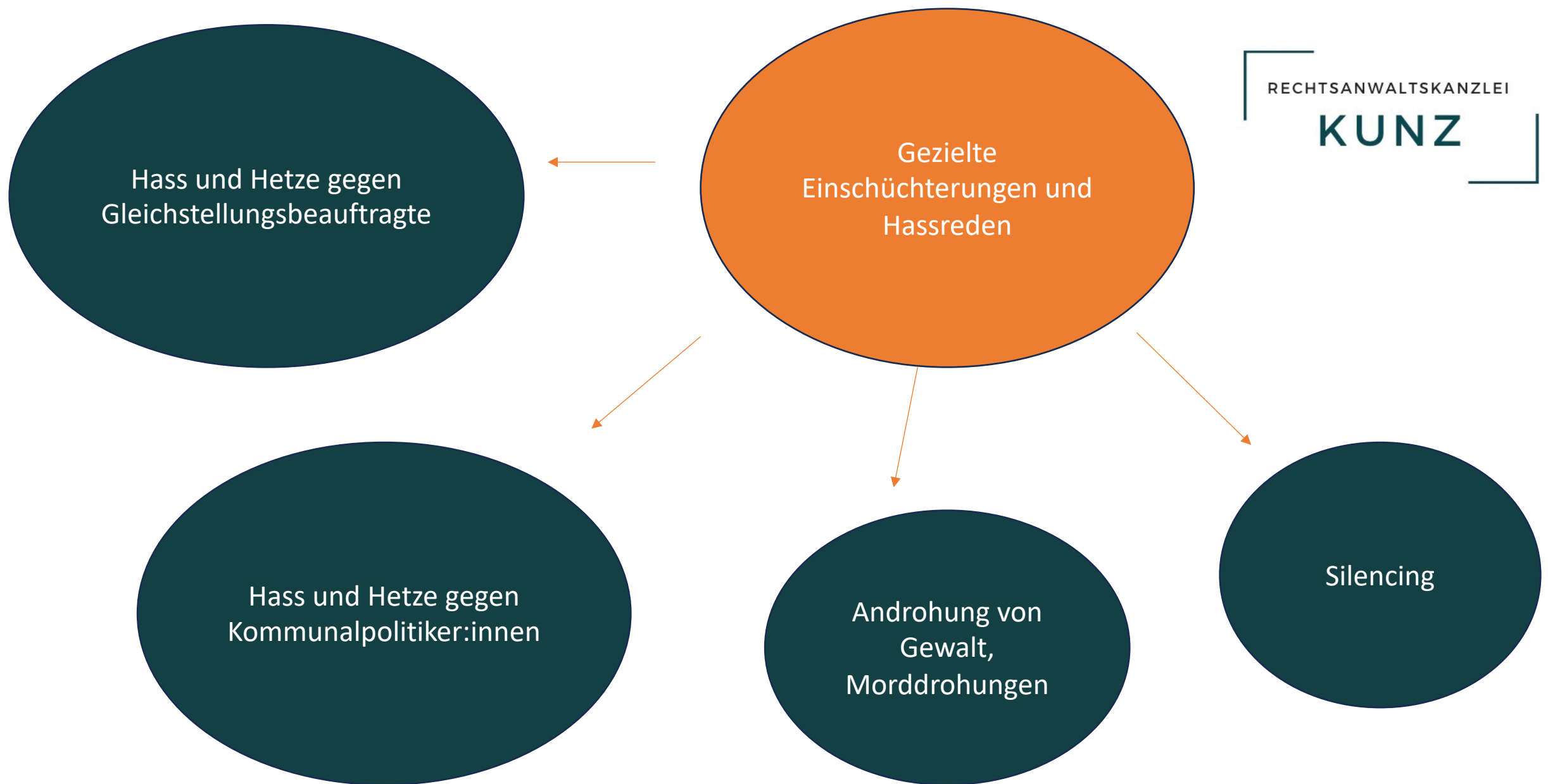
- Herzlich Willkommen 😊
- Ziel:
 - Wir schauen gemeinsam, welche rechtlichen Handlungsmöglichkeiten Sie als Gleichstellungsbeauftragte haben, um gegen antifeministische Maßnahmen vorzugehen.
 - Wir erarbeiten gemeinsam, wie Sie mit Ihrer Rechtsgrundlage umgehen können und setzen Impulse für den sicheren Umgang mit den eigenen rechtlichen Grundlagen

Einstieg: Kurze Einordnung

Was ist mit strukturellem Antifeminismus auf kommunaler Ebene bzw.
in der Kommunalpolitik gemeint?







Ideologische Umdeutung
und „Brückenideologie“

Vereinnahmung von
Themen / Begriffe (z.B.
werden Begriffe wie
Mutterschaft oder
Familienschutz genutzt,
um traditionelle
Rollenbilder als
schützenswertes
kommunales Gut
darzustellen

Widerstand gegen Gender-
Mainstreaming (z.B. Anträge auf
eine geschlechtergerechte
Sprache in der Verwaltung
werden blockiert)

Kurze zusammenfassende Definition

Struktureller Antifeminismus =

systematische Benachteiligung, Delegitimierung oder Einschränkung
von Gleichstellungsarbeit durch institutionelle, politische oder
administrative Strukturen.

Rechtliche Grundlagen



Rechtliche Grundlagen

- Verfassungsrecht

- Art. 3 Abs. 2 GG: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

- Aktive Verpflichtung des Staates
- Gleichstellungsarbeit = Verfassungsauftrag

Tipp: Rechtliches Gutachten „Die Verfassungsrechtliche Gleichstellungsverpflichtung und die Bedeutung der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten“ von Prof. Dr. Ulrike Lembke, aus November 2025 im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen

Rechtliche Grundlagen

- Landesgleichstellungsgesetze
 - Rechte der Gleichstellungsbeauftragten = wichtige Instrumente
 - Teilweise für kommunale Gleichstellungsbeauftragte nur eingeschränkte Geltung
 - Genau nach dem Geltungsbereich schauen (manchmal sogar ziemlich „versteckt“)

Rechtliche Grundlagen

- Rechte wie
 - Recht auf frühzeitige Beteiligung
 - Informationsrechte
 - Aktive Teilnahme an Entscheidungsprozessen
 - Stellungnahmen/Voten
 - Einspruch, Widerspruch, Beanstandung
 - Ggf. Klagerecht (insb. wenn o.g. Rechte der Gleichstellungsbeauftragten verletzt sind)

Rechtliche Grundlagen

- Kommunalrecht:
 - Landesgleichstellungsgesetze haben oft einen eingeschränkten Geltungsbereich für kommunale Gleichstellungsbeauftragte
 - Besonderheit: kommunale Gleichstellungsbeauftragte hat häufig eine Doppelfunktion:
 - Zuständigkeit für Beschäftigte in der Dienststelle und für Bürger:innen in der Kommune
 - Neben Landesgleichstellungsgesetz zu beachten:
 - Kommunalverfassungen / Gemeindeordnung
 - Ggf. Hauptsatzungen o.ä.

Rechtliche Handlungsmöglichkeiten (Systematische) Verletzung der Rechte der Gleichstellungsbeauftragten

Veto

"Aufhalten"
des Prozesses

Ggf. Klage

Problem:
keine direkte
Sanktion

Aber: kostet
Geld und Zeit

Rechtliche Handlungsmöglichkeiten

Dienststelleninterne Entscheidungen, die gegen gleichstellungsrechtliche Vorgaben verstoßen / Frauen benachteiligen

Stellungnahmen

Veto

"Aufhalten" des Prozesses

Aber: i.d.R. keine Klagemöglichkeit

Verhältnismäßig wenig Handhabung

Aber: Hinweis auf AGG
(Diskriminierungsmerkmal
Geschlecht) -> benachteiligende
Einstellungs- und
Arbeitsbedingungen können
Schadensersatz- und
Entschädigungsansprüche auslösen

Rechtliche Handlungsmöglichkeiten

Politische Entscheidungen / Beschlüsse, die keinen Raum für Gleichstellungsthemen lassen, gegen gleichstellungsrechtliche Vorgaben verstoßen, Frauen benachteiligen

Widerspruch bzgl.
Beschlussvorlage

Rederecht bei Versammlung

Initiativrecht nutzen

Öffentlichkeitsarbeit (ggf.
mit Einschränkungen)

Allgemeine Argumentation
einbringen wie: Minderung
Attraktivität der Gemeinde,
Fachkräftemangel,
Verschlechterung der
Infrastruktur, ...

Schaut in eure Gesetzesgrundlage

Welche rechtlichen Instrumente habt ihr zur Verfügung?

Mini-Fälle für den gemeinsamen Austausch

Fall 1

Alle wichtigen Ausschusssitzungen finden regelmäßig um 19:30 Uhr statt. Mehrere Frauen (mit Care-Verantwortung) können nicht teilnehmen. Dein Hinweis wird als „privates Problem“ abgetan.

Leitfrage:

Ist das struktureller Antifeminismus? Was kannst du tun?

Mini-Fälle für den gemeinsamen Austausch

Fall 2

Ein Antrag sieht vor, die kommunale Förderung eines Frauenhauses drastisch zu reduzieren, mit Verweis auf Haushaltsdisziplin.

Leitfrage:

Welche rechtlichen und politischen Hebel hast du?

Mini-Fälle für den gemeinsamen Austausch

Fall 3

Du erfährst von einer wichtigen Personalentscheidung erst nach Beschluss.

Leitfrage:

Was tun bei Verletzung deiner Beteiligungsrechte?

Zusammenfassung

- Eigene Rechtsgrundlagen kennen und sich mit ihnen vertraut machen
- Instrumente nutzen, um wirksam zu sein / zu werden
- „Druckmittel“:
 - Aufhalten von Prozessen
 - Auslösen von Kosten und zusätzlichem Aufwand
 - Sichtbarkeit
- Argumentationsketten aufbauen



Aber selbstverständlich
nicht mutwillig,
keine offensichtlich
aussichtslosen
Maßnahmen

Fazit

- Gemeinsames Fazit: Was nehme ich mit?
- Tipp: Liste erstellen über eigene rechtliche Instrumente
 - Dienststellenintern und kommunalpolitisch
- Gerade in Zeiten wie diesen ist Gleichstellungsarbeit wichtiger denn je

Abschlussdiskussion / Fragen

- Gibt es noch Fragen? 😊